

München will „Flüchtlinge“ von polnischer Grenze aufnehmen



Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Obwohl mittlerweile sogar die EU von der Sicherung der EU-Grenze zu Belarus überzeugt ist, obwohl die Szenen von martialischen Durchbruchversuchen aggressiver junger Moslems aus dem Irak, Syrien und Afghanistan eindringlich warnen, obwohl es völlig klar ist, dass es sich hier nicht um „Flüchtlinge“, sondern eine gut organisierte Migrationsbewegung über Reisebüros und Schlepper-Organisationen ins großzügigste Sozialsystem der Welt handelt, obwohl deutlich wird, mit welcher perfiden Methoden (Qualm ins Gesicht blasen, Zigarette ans Auge halten) Kinder für Tränendrüsen-Propaganda-Aufnahmen zum Weinen gebracht werden, obwohl der weit überproportionale Anteil von „Flüchtlingen“ in der Kriminalitätsstatistik unser Land schon genug erschüttert, will Münchens Dritte Bürgermeisterin Verena Dietl, natürlich SPD, allen Ernstes „Flüchtlinge“ von der polnischen Grenze in die bayerische Landeshauptstadt holen.

Die „verzweifelte Situation“ von „schutzbedürftigen Menschen auf der Flucht“ dürfe die Europäische Union nicht länger tatenlos hinnehmen. Für die Landeshauptstadt München als „Sicherer Hafen“ habe die Rettung von Menschenleben und Wahrung der Menschenrechte oberste Priorität. Darum bietet Dietl im Namen der Stadt erneut an, „schnell und unbürokratisch geflüchtete Menschen“ aus dem Grenzgebiet aufzunehmen und ihnen „Zugang zu ordentlichen Asylverfahren zu

gewähren.“

Lukaschenko hat dies bereits genüßlich vernommen und kündigt an, die Migranten in Flugzeuge zu packen und nach München zu bringen, falls Polen keinen „humanitären Korridor“ zur Verfügung stellen würde.

Helmut Schmidt würde die Hände über seinem Kopf zusammenschlagen, wenn er diese völlig unverantwortlichen Pläne seiner Münchner Parteigenossen mitbekommen würde. Der Altkanzler hatte im Mai 2013 gegenüber dem Spiegel seine Skepsis über die Integration von Moslems in Deutschland geäußert.

Für diese Gedanken würde Schmidt heutzutage von der SPD genauso wie Thilo Sarrazin ein Partei-Ausschlussverfahren an den Hals bekommen:

„Ich bin sehr skeptisch, was die Einwanderung aus islamischen Kulturen angeht. Bei den Türken, bei den Leuten aus dem Libanon und den islamischen Staaten insgesamt sehe ich ein Problem. Viele der Zugewanderten leben in Ghettos, und das Ghetto verstärkt die Binnenkultur“.

Der beinahe schrankenlose „Flüchtlings“-Fetischismus hat aber nicht nur die grünrot-regierte Stadt München ergriffen. Wie die Junge Freiheit meldet, sind auch andere Städte geradezu blind vor völlig falsch verstandener Hilfsbereitschaft. Beispiel Göttingen, das sich im „Bündnis Seebrücke“ engagiert und sich als „Sicherer Hafen“ zur Verfügung stellt:

„Grundsätzlich ist die Stadt Göttingen bereit, Geflüchtete unabhängig von ihrer Herkunft bei aufzunehmen.“

Eine Sprecherin der Stadt Köln sagte der Junge Freiheit:

„Wir verweisen auf unsere mehrfache Bereitschaft zur Aufnahme von geflüchteten Menschen in humanitär prekären Situationen.“

Dies gilt grundsätzlich für alle Geflüchteten aus Krisenregionen und über die Flüchtlingsaufnahmequote hinaus. Mit Blick auf die im belarussisch-polnischen Grenzland festsitzenden Menschen, die bei einsetzendem Frost und Kälte unter prekärsten Bedingungen ausharren müssen, gilt grundsätzlich nichts anderes.“

Freiburg erklärte, man habe als Kommune zwar keine Möglichkeit, die Weißrußland-Migranten nach Deutschland zu holen. Aber:

„Zur Aufnahme von Schutzbedürftigen im Rahmen der etablierten Verfahren sind wir jederzeit bereit.“

Deutschland läuft Gefahr, durch die beharrliche Ignorierung der immens vielen Gefahren des Politischen Islams einer nicht endenden Flutung von Moslems aus fundamental-islamischen Ländern ausgesetzt zu sein. Natürlich haben nicht alle dieses radikale Gedankengut im Kopf. Aber eben viele Moslems aus diesen Ländern.

Gleichzeitig wird die Islamisierung insbesondere von SPD, Grünen und Linken geradezu blind gefördert. Im hessischen Raunheim, das bereits einen Migrantenanteil von 70% hat, wird der alleinige Machtanspruch durch den Muezzinruf gestattet, der im Ramadan sogar täglich erschallen darf. Wenn diese verhängnisvolle Entwicklung auf allen Ebenen so ungebremst weitergeht, dann wird das freiheitlich-demokratische Deutschland innerhalb weniger Jahrzehnte die Metamorphose in einen islamischen Staat abgeschlossen haben.



Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln.

Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.